

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (4. Jahrgang, Nr. 7, Juli/August 2010)

In der Liebe zu einem Menschen, zumal einem Kind, zu einem Wert, zu Gott, der Kunst, der Natur, einer Arbeit, einem großen Stil entsteht eine fundamentale Geneigtheit zu etwas außer mir selbst. Wer Freiheit als Verantwortung lebt, kommt letztlich bei den besten und tiefsten Potenzen an, die in uns Menschen angelegt sind.

Joachim Gauck

Das Positionspapier des Diakonischen Arbeitskreises für Gerechtigkeit und Solidarität" zu Arbeitsbedingungen in Kirche, Diakonie und Caritas wurde im Juni 2010 an insgesamt 134 Organisationen und Verbände wie dem Rat der EKD, den Landeskirchen, ihren Diakonischen Werken, den Fach- und den Wohlfahrtsverbänden geschickt. Eine erste Reaktion erhielten wir von Wilfried Knorr, Direktor einer Diakonischen Einrichtung in Bayern und Vorsitzender des Evangelischen Erziehungsverbandes, dem Fachverband für Jugendhilfe beim Diakonischen Werk der EKD. (Das Positionspapier und seine Anmerkungen wurden abgedruckt in „Evangelische Jugendhilfe“ 3/2010. Wir veröffentlichen seine Anmerkungen in einer Doppelausgabe des Informationsblattes.)

Anmerkungen zum „Positionspapier des Diakonischen Arbeitskreises für Gerechtigkeit und Solidarität" zu Arbeitsbedingungen in Kirche, Diakonie und Caritas aus der Sicht eines (unmaßgeblichen) Unternehmensleiters

Die „Evangelische Jugendhilfe" ist auch eine Diskussionsplattform - es ist gut und richtig, wenn dort auch kontroverse Debatten geführt werden. Das oben angegebene Positionspapier einer Gruppe Diakoniker und Praktiker, denen man ihren Ernst und ihre Leidenschaft zwischen den Zeilen abspürt, kann ein Beitrag zu solch kontroversen Debatten sein, ebenso wie diese "Replik", die sich freilich nur in Teilen mit dem Positionspapier und in anderen Teilen mit dem „Grund-

sätzlichen der Finanzierung Sozialer Arbeit in Deutschland" befasst.

Zur Klarstellung und um Missverständnissen vorzubeugen: Das Folgende ist meine persönliche Auffassung und nicht „offizielle EREV-Position".

1. Zu den Thesen des Positionspapiers

Es ist ein Grundproblem in der Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Thema, dass die eigentlich notwendige Differenziertheit der Situationsanalyse häufig unterbleibt - dabei sind die Verhältnisse in Oberbayern deutlich anders als die in Niedersachsen und als die in Mecklenburg, die Bedingungen im Krankenhauswesen und in der Altenhilfe deutlich anders als die in der Behinderten-, Wohnungslosen- oder Jugendhilfe - von den Bedingungen in Diakonie versus Kirche ganz zu schweigen. Die Komplexität der Materie verführt zu Vereinfachungen und plakativen Thesen, die ihre Spannung und Strahlkraft eben leider zu Teilen der wenig ausgeprägten Differenziertheit verdanken. Diese (positiv formuliert) Verdichtung der Argumente ist auch ein Kennzeichen des Positionspapiers.

Die erste Frage ist, ob die Non-Profit-Organisationen von den durch Finanz- und Bankenkrise, durch prekäre Arbeitsmarktsituation und durch demographische Entwicklung veränderten Bedingungen **tatsächlich** besonders betroffen sind. Ich vermute, dass das nicht stimmt. Einzelne Industrie- und Produktionszweige sind vermutlich deutlich stärker durch die Finanzkrise betroffen als gerade die Soziale Arbeit, deren Refinanzierung über weite Strecken durch Rechtsansprüche Benachteiligter (und eben nicht ausschließlich durch Kaufkraft, Angebot und Nachfrage) gesichert ist. Einschneidende, die Existenz von Trägern gefährdende Eingriffe in Refinanzierungsstrukturen sind eher die Aus-

nahme als die Regel, das Gleiche gilt für den Umgang mit Rechtsansprüchen Benachteiligter (wobei die Jugendhilfe seit Jahrzehnten eine Sonderstellung einnimmt, weil die Rechtsansprüche ihrer Zielgruppe, nämlich der jungen Menschen und Familien, zunächst den Flaschenhals der jugendamtlichen Bedarfsprüfung durchlaufen muss ...).

Nach meinem Kenntnisstand sind nirgendwo in Deutschland durch die Finanzkrise bedingte Einschnitte ins soziale Netz zu beklagen, die über Einzelprobleme und lokale oder regionale Missstände hinausgehen. (Die Hartz-IV-Gesetzgebung ist hier ausgeklammert und datiert deutlich **vor** der Finanzkrise!)

Was nach meinen Eindrücken aber zutrifft, ist, dass die gesamtgesellschaftliche Entwicklung steigende Bedarfe produziert, also mit einem Einfrieren der Kosten ein Rückschritt in der Versorgung einhergeht. Es mag insofern für einzelne Bereiche der sozialen Arbeit zutreffend sein, dass die heutigen Bedarfe Benachteiligter prozentual niedriger befriedigt werden können als vor 20 oder 30 Jahren.

Insbesondere im Bereich der Menschen mit seelischen Erkrankungen erleben wir einen starken Anstieg des Bedarfs, dazu kommen Folgen der Arbeitsmarktsituation, des Gesundheitswesens und der demographischen Entwicklung. Man kann aber vermutlich den politisch Verantwortlichen nicht vorwerfen, dass sie diese Belastungen ignorieren, sondern allenfalls, dass die Bedarfe schneller wachsen als die Möglichkeiten zur Abfinanzierung. (Dabei will ich nicht unerwähnt lassen, dass manche Faktoren, die zu steigenden Bedarfen führen, durchaus „hausgemacht“ und insofern indirekt doch vorwerfbar sind.)

Die zweite Frage ist, ob die Arbeitsbedingungen in Kirche (Welche sind da eigentlich genau gemeint? Die der Beamten doch wohl nicht?), in Diakonie und Caritas tatsächlich zunehmend prekär sind beziehungsweise gegen die eigentlichen Interessen der Beschäftigten ausgestaltet werden.

Ich überblicke nicht die gesamte Wirklichkeit der Ausgestaltung von Dienstverträgen und Tarifverträgen, aber nach meinem Eindruck gilt nach wie vor: Die Träger in der Diakonie und Caritas reagieren mit ihren Angeboten und mit der auch tariflichen Ausgestaltung der Arbeitsverträge überwiegend auf die so-

zialpolitischen Rahmenbedingungen. Der Vorwurf, die Träger würden sich zu Lasten der Mitarbeitenden selbst die Taschen füllen wollen, ginge vermutlich fehl (Er wird auch in dem Positionspapier nicht erhoben!).

Zutreffend ist nach meinem Eindruck allerdings, dass manche Entwicklungen (auch ungewollt) zu Marktsituationen führen, in denen nur mehr durch drastische Dämpfung der Personalkosten überhaupt Marktexistenz erreichbar erscheint. Dies scheint insbesondere für die Situation der Pflege und der Krankenhäuser zuzutreffen. Hier beklagen wir zu Recht einerseits Refinanzierungssysteme, die der klassischen „zeitfressenden“ Zuwendung zum Klienten keine wirtschaftlich zu vergütende Leistung zuordnen, und beklagen zum anderen die Konkurrenz zu privatgewerblichen Anbietern, deren Kostenstruktur wohl auch durch eher großzügige Interpretationen von Mindestlohn, Urlaubsanspruch und Altersvorsorgebeiträgen günstiger ausgestaltet werden kann als die von Diakonie und Caritas.

(Diese Ist-Analyse müsste für integrative Kindertageseinrichtungen, für die Jugendhilfe schon komplett anders geschrieben werden, auch Suchtkrankenangebote und Werkstätten für Menschen mit Behinderung stehen „in der sozialen Landschaft“ völlig anders da!)

Nach meiner Einschätzung sind alle Bestrebungen aus den 90er und 2000er Jahren in der Diakonie, die Arbeitsfelder möglichst kostengünstig auszugestalten (einschließlich sämtlicher dazugehöriger Outsourcing-Ideen) sozusagen geboren als Reaktionsmuster der Träger auf zunehmenden Marktdruck. Dabei - und darauf weist das Positionspapier zu Recht hin! - besteht die Gefahr, dass konstitutive Merkmale diakonischer Arbeitsrechtssetzung aufgeweicht und aufgelöst werden zu Gunsten von markt- und konkurrenzfähigen Positionen. Plakativ ausgedrückt: Wenn die Altenpflegerin nach 35 Jahren Diakonietätigkeit, ausgezeichnet mit dem Kronenkreuz in Gold, mit dem Eintritt in die Rentenphase zugleich in die Altersarmut eintritt, läuft etwas schief. Die Frage bleibt, wem die Verantwortung für ein solches Szenario zuzuschreiben ist: Dem Träger, der Diakonie, den Tarifparteien oder den Gestaltern des Politischen, des Sozialen?

2. Zu den Forderungen des Positionspapiers

Es ist aus meiner Sicht zutreffend, dass die Zahl der Mitarbeitenden, die neben ihrer Beschäftigung in einem diakonischen Unternehmen eine Nebentätigkeit beantragen, steigt. Ob daraus bereits abgeleitet werden kann, dass es sich durchweg um „prekäre“ Arbeitsverhältnisse handelt, deren Unauskömmlichkeit eine solche Nebentätigkeit sozusagen existentiell erfordert, entzieht sich meiner empirischen Kenntnis. Insgesamt bleibt die Lebenssituation der Mitarbeitenden insbesondere in den unteren Lohngruppen aber eine große Sorge für die Glaubwürdigkeit diakonischen Unternehmertums. Hinzu kommt, dass der so genannte Mittelstand zunehmend Probleme hat, einen für Familien akzeptablen Lebensstandard zu erwirtschaften - das trifft auch auf die mittleren Gehaltsgruppen in der Diakonie zu.

Es ist aus meiner Sicht zutreffend, dass die Konkurrenz konfessionell gebundener Träger untereinander der sozialpolitischen Schlagkraft von Diakonie und Caritas nicht gut tut. Sie ist zudem in vielen Praxisbeispielen ein „Anschlag“ auf die ethischen Leitlinien, die die Träger in ihren Leitbildern selbst formulieren.

Dennoch - diese Konkurrenz gibt es, die Bedingungen des Marktes werden sie eher fördern als eindämmen. Es bedarf demzufolge glaubwürdiger, durch Selbstverpflichtung verbindlicher „Spielregeln“ zur Gestaltung des innerverbandlichen Wettbewerbs. (Das Diakonische Werk Bayern hat eine entsprechende Richtlinie erlassen, die den Geist und die praktische Ausgestaltung des Wettbewerbs aus meiner Sicht sehr zutreffend gefasst hat.)

Die Qualität der konfessionell getragenen Angebote ist aus meiner Sicht in der Tat **nicht** durch den Wettbewerb gefördert worden, sondern durch die Einsatzbereitschaft der Mitarbeitenden, deren Ehrgeiz, fachlich up-to-date zu sein und erstklassige Arbeit abzuliefern, und durch die Ansprüche der Klienten.

Die dritte Forderung postuliert einen Gegensatz zwischen ethischen Leitlinien beziehungsweise sozialer Gerechtigkeit einerseits und wirtschaftlicher Rendite andererseits. Dieses Spannungsverhältnis zu benennen, ist richtig und wichtig. Es als Gegensatz zu

definieren, trifft nach meiner Überzeugung den Kern der Dinge nicht. Ohne Rendite gibt es auf Dauer keine anwaltschaftliche Diakonie! Ohne Anwaltschaftlichkeit wird auf Dauer keine Rendite zu erwirtschaften sein, ohne dass entweder die Mitarbeitenden „auf die Barrikaden“ gehen oder der öffentliche Ruf des Trägers ruiniert ist. Nur mittels einer Ausbalancierung der Komponenten in diesem Spannungsfeld wird erfolgreich Diakonisches unternommen werden können!

Lesenswert in diesem Kontext ist der Reader "Theologie und Ökonomie" von Professor Stephan Haas, seinerzeit Leiter der Bundesakademie für Diakonie und nunmehr Chef der Alsterdorfer Anstalten.

Die vierte, fünfte und sechste Forderung ist eine Selbstverständlichkeit - eigentlich. Ich stimme der impliziten Kritik der Autoren zu, dass dieser Selbstverständlichkeit in der Praxis oftmals zu wenig Rechnung getragen wird.

Die siebte Forderung ist spannend - auch und vor allem in den nächsten Jahren, und „angeheizt“ durch die Erfahrungen der Nicht-Funktionsfähigkeit des "Dritten Weges" in den aktuellen Tarifstreit-Wirrungen. Die Zustimmung von Arbeitgeberverbänden zu einem einheitlichen Tarif (Wie auch immer der dann aussehen sollte!) wird vermutlich vor allem von der Zustimmung der Kostenträger zur Refinanzierung der dadurch ausgelösten Kostenstruktur und von der Bereitschaft der Politik, einen Wettbewerb mit privatgewerblichen Anbietern zugunsten der konfessionell gebundenen Trägern zu steuern, abhängen. Beide Voraussetzungen scheinen derzeit utopisch.

Die achte Forderung ist aus meiner Sicht heikel: Wo ein diakonischer Arbeitgeber sich aus einem Marktsegment zurückzieht und damit Entlassungen für Beschäftigte organisiert, wird er erstens erleben, dass diese Mitarbeitenden keinen Beifall spenden, und zweitens erleben, dass die gleichen Menschen bei anderen Wettbewerbern zu nicht zwingend besseren Rahmenbedingungen „anheuern“, Dass dennoch die Frage, wann ein Marktsegment aus ethischen Gründen nicht mehr bedient werden soll, virulent bleibt, ist offenkundig. Ich erlebe aber viel Reden über dieses „Dann machen wir nicht mehr mit“ und wenig Tun!

3. Zur politischen Herausforderung

Die zentrale politische Herausforderung für Diakonie und Caritas ist aus meiner Sicht der Anstoß der gesellschaftlichen Debatte, in welchem Land wir leben wollen. Welche Pflege wollen wir, welche Jugendhilfe, welche Standards in der Hilfe für Menschen mit Behinderung? Erst wenn ein gesellschaftlicher Konsens hierzu gefunden werden kann, folgt die Ableitung „Die Aufgaben folgen den Aufgaben“.

Die zweite politische Herausforderung besteht in der Neuorganisation der weltanschaulich gebundenen Träger und Spitzenverbände. Dazu gehören Regeln für den inner- und zwischenverbandlichen Wettbewerb ebenso wie eine Neuordnung der Fachverbände und Landesverbände in der Diakonie. Es ist ein Anachronismus erster Güte, dass die Landesverbände nicht den Grenzen der Bundesländer angepasst werden und es ist ebenfalls anachronistisch, dass die Fachverbände mehr ihre Historie und Vielfalt abbilden, als eine aufgabenorientierte Struktur mit dem Ziel der politischen Durchsetzungskraft.

Die dritte politische Herausforderung besteht in der Bekämpfung des bevorstehenden Fachkräftemangels – hier kann eine auskömmliche Finanzierung helfen, die sozialen Berufe für junge Menschen attraktiv zu machen.

4. Zur unternehmerischen Herausforderung

Die zentrale unternehmerische Herausforderung ist es, Mitarbeitenden zu ermöglichen, das zu tun, was 99 Prozent von ihnen tun wollen: nämlich Erstklassiges zu leisten. Dazu gehört vor allem, eine Unternehmensstruktur und -kultur zu schaffen, die Begeisterung weckt und es den Mitarbeitenden ermöglicht, berufliche und private Verpflichtungen möglichst gut miteinander verbinden zu können.

Die zweite unternehmerische Herausforderung ist die wirtschaftliche Stabilität des Unternehmens zu sichern; professionelles Know-how aus der Betriebswirtschaft steht von der Bedeutung her gleichberechtigt neben therapeutischem und pädagogischem Tun. Ein „gegeneinander Ausspielen“ von diakonischem Tun und Geldverdienen (Ren-

dite erwirtschaften) darf es nicht geben. Personalkosten sind kein Ballast, sondern Investitionen in die Leistungsfähigkeit des Unternehmens.

Die dritte unternehmerische Herausforderung ist die Verknüpfung dieses unternehmerischen Handelns mit dem politischen Tun – alle unter 3. skizzierten Herausforderungen gehen auch das Unternehmen selbst an. Unternehmer sollen auch sozialpolitisch und verbandspolitisch wirken.

Die vierte Herausforderung besteht darin, die Abweichung zwischen Realität im Unternehmen und diakonischem Leitbild möglichst gering zu halten. Fehlerkultur und die glaubwürdige, lebendige Verbindung von Spiritualität mit dem diakonischen Handeln sind zwei Aspekte davon.

Wilfried Knorr
Direktor
Herzogsägmühle
von-Kahl-Straße 4
86971 Peiting
wilfried.knorr@herzogsaegmuehle.de

Wir brauchen Ihre Erfahrungen

Für unser Thema „Prekäre Arbeitsverhältnisse in Kirche, Diakonie und Sozialarbeit“ (vgl. Info-Blatt 10/2009) suchen wir Praxiserfahrungen aus Diakonie und Sozialarbeit und u.a. Antworten auf folgende Fragen: Wie („sozial“/„christlich“) sehen Arbeitsplätze bei Euch aus? Was hat sich im Laufe Eueres Arbeitslebens verändert?
Erfahrungen bitte an andreas.ehrich@arcor.de

So bekehre dich nun zu deinem Gott, halte fest an Barmherzigkeit und Recht und hoffe stets auf deinen Gott!

Monatsspruch für Juli 2010 (Hosea 1,7)

Der Diakonische Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität trifft sich am **Mittwoch, 04.08.2010** und am **Mittwoch 08.09.2010 jeweils von 18.00 – 20.30 Uhr im Rauhen Haus (Altenpflegeschule, III. Stock)**. Hierzu sind alle herzlich eingeladen.

Über Anregungen für das Info-Blatt und die Arbeit unserer Gruppe und über Kritik würden wir uns sehr freuen.

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Rüdiger Friebel, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg